

II- 114 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
XIII. Gesetzgebungsperiode

Präs.: 14. Dez. 1971 No. 99/3

A n f r a g e

der Abgeordneten Hellwagner
und Genossen

an den Bundesminister für Soziale Verwaltung
betreffend zahnärztliche Versorgung in Österreich.

Nicht nur die Hauptversammlungen der Gebietskrankenkassen, sondern auch andere Gremien und Institutionen haben sich immer wieder mit der derzeit völlig unzureichenden zahnärztlichen Versorgung der österreichischen Bevölkerung zu befassen.

Vorliegenden Berichten zur Folge werden in den nächsten Jahren sogar noch immer mehr Zahnbehandler aus Altersgründen bzw. wegen Pensionierung aus dem Berufsleben ausscheiden als Zuwächse zu verzeichnen sein werden.

Das zahlenmäßige Verhältnis von Zahnbehandlern zu den Einwohnern hat sich ohnehin in den letzten Jahren laut vorliegenden Statistiken bedenklich verschlechtert.

Der absolute Mangel an Zahnbehandlern ist offenkundig, aber noch mehr im Argen liegt die zahnärztliche Betreuung in einzelnen regionalen Bereichen.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an den Herrn Vizekanzler und Bundesminister für Soziale Verwaltung die nachstehenden

A n f r a g e n:

1.) Wie hat sich die Verhältniszahl der Zahnbehandler zur österreichischen Gesamtbevölkerung in den letzten Jahren entwickelt?

2. Wie lautet dieses Verhältnis in den einzelnen Bundesländern ?
3. Wieviel grössere Gemeinden und Märkte gibt es bereits, die in den letzten Jahren eine freigewordene Zahnbehandlungspraxis nicht mehr besetzen konnten und daher über keine eigene örtliche zahnärztliche Versorgung mehr verfügen ?
4. Da die Bevölkerung an einer ausreichenden zahnärztlichen Versorgung ausserordentlich interessiert ist, wird noch die Frage gestellt, ab welchem Zeitpunkt kann mit einer Mehrzunahme von Zahnbehandlern gegenüber den Abgängen gerechnet werden ?